

# Standpunkt

DIE LINKE. Zeitung für Remscheid

Nr. 03 | Mai 2012 | 3. Jahrgang | kostenlos

## Landtagswahl 2012

Axel Behrend stellt sich vor

Seite 3

## Gegen Kulturabbau

Seite 4

## Mogelpackung Stärkungspakt

Seite 5

Der Kreisvorstand der LINKEN ruft Mitglieder, Sympathisantinnen und Freunde, Wählerinnen und Wähler der LINKEN dazu auf, sich an den Veranstaltungen der Gewerkschaften und der LINKEN zum 1. Mai zu beteiligen. Es ist wichtig, ein machtvolleres Zeichen für gute Arbeit, gute Löhne und soziale Sicherheit in Europa zu setzen. Ob hier oder anderswo – der Ruf sollte laut zu hören sein: Wir zahlen nicht für eure Krise! Guter Lohn für gute Arbeit – für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums! Hinter dem angeblichen Jobwunder von Merkel und Rösler verbirgt sich eine Zunahme schlecht bezahlter und prekärer Jobs. Diese Entwicklung hat ihren Ursprung in den Hartz-Gesetzen von SPD und Grünen. 2,5 Millionen reguläre Vollzeit Arbeitsplätze sind seit 2000 vernichtet worden. Die Hälfte der Beschäftigten musste 7,4 Prozent und mehr realen Lohnverlust seit 2000 hinnehmen. Dafür sind fast eine halbe Million Leiharbeitsstellen entstanden. Das ist moderne Sklavenarbeit. Auch sogenannte Mini-Jobs haben einen wahren Aufschwung zu verzeichnen. Knapp 800 000 Stellen sind seit 2000 hinzugekommen. Mehr als jeder zehnte Beschäftigte Mensch arbeitet ausschließlich in Mini-Jobs. Leiharbeit und Mini-Jobs sind nur selten ein Übergang in eine reguläre Beschäftigung. Insgesamt arbeitet bereits jeder Fünfte für Niedriglöhne. Nach einem Arbeitsleben in miesen Jobs droht eine Rente auf Grundsicherungsniveau. Gleichzeitig ist allein das Geldvermögen in den letzten zehn Jahren um das Anderthalbfache gestiegen. Diese ungerechte Entwicklung



wird durch die europäische Krisenpolitik von Merkel & Co. forciert. Banken und private Gläubiger werden durch Billionen von Euro geschützt, während aus der Masse der Bevölkerung durch Kürzungsprogramme der letzte Cent herausgequetscht wird. In Griechenland bedeutet dies eine Senkung des Mindestlohns um bis zu 32 Prozent und Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, sowie eine Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent. Kürzungsprogramme drohen auch uns, denn diese Politik soll mit dem Europä-

ischen Stabilitätsmechanismus und dem Fiskalpakt europaweit vorgeschrieben werden. So wird Europa in den wirtschaftlichen Abgrund getrieben.

DIE LINKE ist bisher die einzige Partei, die dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht klagen will. Gute Arbeit für Europa: Das Kürzungsdiktat für Griechenland muss zurückgenommen werden. Denn es treibt die Länder in die Rezession und hilft noch nicht einmal, die Schulden zu senken. Was wir stattdessen brauchen, ist ein Konjunkturprogramm für Krisenstaaten.

Die Tarifautonomie muss wieder hergestellt und ausgeweitet werden. Das Recht auf Solidaritätsstreiks und politische Streiks muss europaweit durchgesetzt werden. Gerechte Löhne: In Deutschland ist sofort ein gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn von 10 Euro einzuführen. Mindestlöhne dürfen auch in Krisenstaaten nirgends angetastet werden.

Soziale Sicherheit: Das europäische Sozialstaatsmodell muss verteidigt werden. In Deutschland muss die Agenda-2010-Politik endlich beendet werden. DIE LINKE fordert in einem ersten Schritt die Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 500 Euro. Überflüssig besteuern: Unsere Schuldenbremse heißt Millionärsteuer. Eine Millionärsteuer mit einem Satz von 5 Prozent bedeutet in Deutschland jährliche Einnahmen von 80 Milliarden Euro.

## Teure Bildung? **Nicht mit uns!**

**NUR MIT UNS!**

# KITA FÜR ALLE

**JETZT & GEBÜHRENFREI!**

Bildung beginnt im Kindergarten.  
Über 100.000 U3-Plätze fehlen in NRW.

**DIE LINKE.**

[www.dielinke-nrw.de](http://www.dielinke-nrw.de)



Kinder brauchen für ihre Entwicklung vielfältige Anregungen, Spielmöglichkeiten und andere Kinder. Eltern möchten zudem Familie und Beruf miteinander vereinbaren und

**brauchen dafür eine gute, verlässliche Kindertagesbetreuung.**

DIE LINKE setzt sich daher für einen zügigen Ausbau der Kita-Plätze in NRW ein. Unser Ziel ist ein guter, gebührenfreier Kita-Platz für jedes Kind. Dazu brauchen wir eine gute pädagogische Qualität und entsprechend gut ausgebildetes Personal.

NRW ist bundesweit das Schlusslicht in Ausstattung und Anzahl von Kita-Plätzen, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren (U3). Jahrelang wurde nicht investiert und ausgebaut. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) hat den Personalmangel zusätzlich verschärft und zu einer Unterfinanzierung geführt. Überall fehlen Plätze, vor allem für Kinder unter 3 Jahren. Besonders in Städten rechnet man mit einer Nachfrage nach Kita-Plätzen für bis zu 80 Prozent der Kinder, während die Verantwortlichen bis 2013 gerade einmal für 32 Prozent Plätze schaffen wollen.

SPD und GRÜNE halten dennoch immer noch am KiBiz fest und sind beim Kita-Ausbau gescheitert.

Es ist schon jetzt klar, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, der ab 2013 gilt, in NRW nicht erfüllt werden kann. Für etwa 450.000 Kinder unter 3 Jahren gibt es weniger als 100.000 Kita-Plätze. Umso wichtiger ist es, dass endlich gehandelt wird. Nur mit der LINKEN wird es eine Reform der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen geben, die keine Spar- und Mogelpackung auf Kosten der Kinder ist.

Wir wollen eine gebührenfreie, gute Bildung für alle Kinder von Anfang an. Deshalb kämpft DIE LINKE für den schnellen Ausbau von Plätzen in guten Kitas mit guter Bildung für die Kinder und guten Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher. Einen guten Kita-Platz für **jedes Kind? Nur mit uns!**

## Rassistenprovokation **verbieten!**

Am 25. April haben Polizei und Staatsschutz 17 Wohnungen sowie das Fraktionsbüro von Pro NRW in Radevormwald durchsucht. Ein Waffenarsenal vom Wurfstern über Schlagstöcke und Pistolen bis hin zum Gewehr und Nazipropagandamaterial wurden sichergestellt.

Drei Festnahmen wurden getätigt und bei zwei der festgenommenen handelt es sich um Mitglieder der Pro Partei. Im Standpunkt vom Januar 2012 haben wir auf die enge Zusammenarbeit der Pro Neonazis mit kriminellen rechten Schlägertrupps hingewiesen.

Das ehemalige NPD Mitglied Andre Hüsken, jetzt Kreisbeauftragter für Pro NRW Remscheid hat bei den Plakataktionen und den verhinderten Infoständen der Pro-Leute in Remscheid und Lennep auf diese Personen zurückgegriffen. (Siehe Foto)

Es dürfte nun dem letzten klar sein dass der Rassistenverein mit rechtsterroristischen gewaltbereiten Gruppierungen zusammenarbeitet, sie mit Staatsgeldern



v.n.r.n.l. André Hüsken proNRW, und Jack Schmitz Freundeskreis Rade

finanziert und ihren Mitgliedern in ihrer Partei Unterschlupf bieten. Deshalb muss die geplante Aktion der unverbeserlichen Rassisten am 1. Mai von den

Ordnungsbehörden untersagt werden. Die Pro Neonazis haben sich bewusst den 1. Mai für ihre Aktion ausgewählt, sie wollen provozieren.

# Sozial, **aktiv** & unbestechlich

Axel Behrend für den Wahlkreis Remscheid

## Lebe Wählerinnen und Wähler,

vor 56 Jahren wurde ich in HAMBURG geboren, habe eine erwachsene Tochter und kandidiere für DIE LINKE Remscheid als Direktkandidat für den Nordrhein-Westfälischen Landtag.

Ich habe den Beruf des Starkstromelektrikers gelernt; später habe ich mich an der Hochschule für Wirtschaft und Politik auf dem zweiten Bildungsweg zum Dipl.-Volkswirt weiterqualifiziert. Ich arbeite als Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid.

Schon als Lehrling habe ich mich in der IG Metall organisiert und dort aktiv für eine bessere Ausbildung, mehr Lehrlingsrechte und eine bessere Ausbildung gekämpft. Seitdem bin ich in der Umwelt- und Friedensbewegung aktiv. Ich bin Mitglied bei ver.di, der VVN/BdA und dem Heimatbund Lüttringhausen. 2007 bin ich in DIE LINKE eingetreten, da ich der Meinung bin, gegen die unsozialen Folgen von Agenda 2010 und Hartz IV kann man nicht alleine kämpfen.

Oberste Priorität für politisches Handeln muss immer soziale Gerechtigkeit sein. Dass der gesellschaftliche Reichtum so ungerecht verteilt wird, empfinde ich als einen Zustand, der so schnell wie möglich verändert werden muss. Das, was viele Hände erarbeiten, sollte auch an alle gerecht verteilt werden. Auch in NRW steht die Menschenwürde unter dem Schutz der Verfassung und nicht der Profit der Konzerne und großen Finanzhaie.

Die Gründe für die Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden sind Steuergeschenke an die Reichen und Rettungsschirme für Banken. Wir brauchen endlich einen Rettungsschirm für die besonders benachteiligten Menschen. Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten.

## Unsere Schuldenbremse heißt **Millionärsteuer.**

DIE LINKE hat sich bei der Umsetzung ihrer Ziele im Landtag sicher mehr erwartet. Auch wenn es immer wieder schwierig war, so hat in den letzten zwei Jahren



*Axel Behrend Direktkandidat für die Landtagswahl 2012*

LINKS im Landtag dennoch gewirkt. Ob die Abschaffung der Studiengebühren und Kopfnoten, vergabespezifischer Mindestlohn, mehr Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst, Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende, Möglichkeit der Abwahl von Oberbürgermeistern/-innen wie in Duisburg – all das hätte es ohne DIE LINKE im Landtag nicht gegeben.

DIE LINKE macht Politik nicht nur für, sondern mit den Menschen: In Betrieben, Schulen und auf der Straße. DIE LINKE trägt Ihre Stimme in den Landtag von NRW.

Die Steuergeschenke an die Reichen und die öffentliche Armut sind zwei Seiten

derselben Medaille. Rettungsschirme für Banken und Spekulanten haben die Verschuldung zusätzlich hochgetrieben. Unsere Infrastruktur verkommt, Kommunen stehen vor dem Kollaps, der Kita-Ausbau stockt und der Sozialstaat wird zerstört. Ein Politikwechsel ist nur möglich, wenn die öffentlichen Haushalte Spielraum dafür bieten. Eine Schuldenbremse ohne Millionärsteuer hieße das Land kaputt zu sparen, während die Reichen immer reicher werden. NRW hat das Gewicht, über den Bundesrat die Millionärsteuer gemeinsam mit uns LINKEN durchzusetzen. Wir sind dazu bereit! In NRW und im Bund.

DIE LINKE bleibt unbestechlich sozial.

**Sie haben am 13. Mai die Wahl!**

## Kulturelle Talfahrt

**Der bekannte Remscheider Künstler, langjährige Leiter der Galerie der Stadt Remscheid und kulturpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid nimmt zum Kulturabbau in Remscheid Stellung.**

Als Jugendlicher (Lenneper) fuhr ich in den 50er und noch in den 60er Jahren oft und gerne nach Remscheid um Kunstausstellungen und -Vorträge im Stadttheater zu besuchen. Vom damaligen Kulturreferenten Heinz Roux kuratiert, fanden dort, in mehreren Ausstellungsräumen auf der 1. Etage, bemerkenswerte, sogar internationale Ausstellungen statt. Ab 1972 erfuhr dieser Ausstellungsort eine Neuerung: die jährlich im Mai stattfindende Remscheider „Maien-Ausstellung“ des Berufsverbandes Bildender Künstler (Berg. Land). Leider wurden die Ausstellungsräume schon zu Beginn der 80er Jahre durch Umbauten anderen Zwecken (Notenarchiv u.a.) zugeführt. Der in den 70er Jahren installierte Kunstbeirat, ein Unterorgan des Kulturausschusses, wurde bald danach aufgelöst. Es dauerte nicht lange bis Remscheids Image im Bergischen Land als kunstfeindlich galt, denn in den Nachbarstädten Solingen und Wuppertal gab es unter anderem durch eigene Kunstmuseen ein größeres, besseres Kulturangebot. Bemühungen, das Remscheider Kulturangebot wieder zu verbessern, gestalteten sich sehr schwierig. Erst 1992 gelang es, den seit Anfang der 70er Jahre gehegten Traum von einer „Städtischen Galerie“ zu verwirklichen. Der Trick, mit dem dies gelang, hieß „Begegnungsstätte“. Mit dieser Deutung ließ sich ein Landeszuschuss von 1,5 Mio. DM nach Remscheid holen.

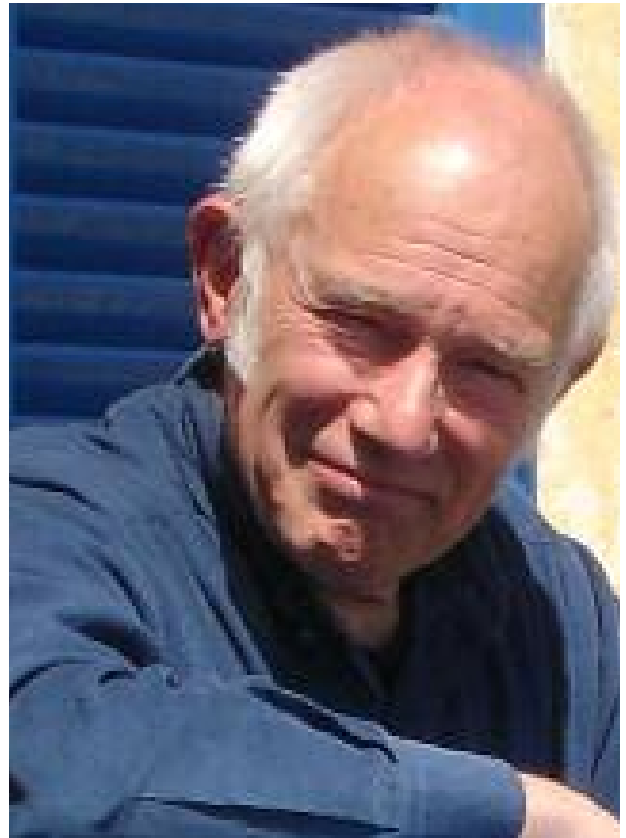
Städtische Galerien haben einen besonderen Status. Im Gegensatz zu privaten Galerien befinden sie sich quasi nicht auf dem Kunstmarkt und vermitteln zeitgenössische Bildende Kunst als Bildungsaufgabe und nicht in kommerzieller Absicht. Wegen ihres in qualitativer Hinsicht guten Rufes sind sie als Ausstellungsorte bei Besuchern geschätzt und bei Künstlern, besonders den jüngeren, begehrt. So wuchs auch das junge Rem-

scheider Pflänzchen in 20 Jahren zu einer bundesweit anerkannten Institution; und dank des gegenwärtigen Leiters Oliver Zybok auch zur kostengünstigsten in Deutschland. DIE LINKE.Remscheid teilt die Auffassung Zyboks, dass die Galerie zur „kulturellen Grundversorgung“ einer Stadt wie Remscheid gehört.

Diese Einrichtung soll nun - sogar vor Ablauf der Landesmittelbindung im Jahre 2017 - bereits Ende 2014 schließen, also trotz einer dann fälligen Rückerstattung der restlichen Landesmittel von jährlich 30.000,00 EUR und selbst dann, wenn bis dahin noch keine Käufer für die beiden Häuser gefunden sein sollten. Ohne neue Eigentümer wird das so schon geringe Einsparpotential noch niedriger sein als prognostiziert, da Kosten verursachende Vorkehrungen zur Klimatisierung der Häuser getroffen werden müssten, um sie vor völligem Verfall zu bewahren. Ein gewisser Sanierungsbedarf besteht bereits heute, weil die Stadt Remscheid ihrer Pflicht zur baulichen Unterhaltung der beiden denkmalgeschützten Häuser nicht mehr ausreichend nachgekommen ist. Da der Gebäudeunterhaltungs-Etat ebenfalls erheblich reduziert werden soll, kann man sich vorstellen, wohin das alles führt.

Eine jahrzehntelange verfehlte Politik insbesondere auf Bundes- und Länderebene führte zur Überschuldung zahlreicher Kommunen und gipfelt heute im sogenannten Stärkungspakt als einer vermeintlichen Gegenmaßnahme. Dieser „Pakt“ führt in Remscheid durch kulturfeindliche Vorschläge der Verwaltung zu zerstörerischen und kaum umkehrbaren Maßnahmen:

Der bereits beschlossene, gravierende Abbau von Fachpersonal in Kultur- und



*Ratsmitglied der Fraktion DIE LINKE, Klaus Küster*

Bildungseinrichtungen wie der Stadtbibliothek, der auch durch die Fusion von VHS, Bibliothek und Musik- und Kunstschule zum Kommunalen Bildungszentrum nicht aufgefangen werden kann; die skandalöse Absicht, das Städtische Orchester abzuschaffen; das Vorhaben, die für das Überleben des Westdeutschen Tourneetheaters notwendigen Subventionen einzustellen; und die o.g. geplante Schließung der Städtischen Galerie noch vor Ablauf der befristeten Landesmittelbindung (2017).

Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid hat dem Kulturabbau in der 2010 beschlossenen „Giftliste“ nicht zugestimmt und wird auch den oben genannten Maßnahmen die Zustimmung verweigern. Wir sind überzeugt, dass sich Remscheids finanzielle Probleme nicht auf kommunaler Ebene beheben lassen und setzen uns dafür ein, dass die Kommunen wieder eine aufgabengerechte Finanzausstattung erhalten. Geld ist genug vorhanden es muss nur umverteilt werden z.B. durch die Einführung einer „Millionärssteuer“.

# Mogelpackung Stärkungspakt

Der Zustand der öffentlichen Einrichtungen und Straßen ist erbärmlich: Schulen sind marode, ganze Stadtteile verkommen, Jugend-, Kultur- und Sporteinrichtungen verfallen oder werden geschlossen.

Trotzdem wachsen die Schulden der NRW-Kommunen weiter. Allein die angehäuften Kassenkrediten (Dispo) liegen bei 21 Mrd. Euro. Jedes Jahr vermehrt sich das Defizit um 2,85 Milliarden Euro.

Aus dieser Lage können sich die Kommunen nicht selbst „herausparen“. Sie sind ausgeblutet und brauchen dringend höhere Mittel von Bund und Land.

Die Kommunen und ihre Bürger/innen haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt.

Ursache der Misere sind auch nicht der Solidarpakt Ost, der verdi-tarifabschluss oder unzureichende Gewinnabführungen der Sparkassen, wie Revierbürgermeister zurzeit glauben machen wollen.

Sie wollen damit ablenken von den Hauptursachen:

- die Übertragung immer neuer Aufgaben an die Kommunen ohne ausreichende Finanzmittel

- die Politik der Steuergeschenke an Reiche und Konzerne.

Auf Bundesebene gab es zwischen 1998 und 2008 über 60 steuerpolitische Entscheidungen zu Lasten der Kommunen. Dafür verantwortlich sind CDU, FDP, SPD und Grüne, die hunderte Milliarden für die Banken mobilisieren, aber die Kommunen im Regen stehen lassen.

## Stärkung der Einnahmen und echte Entschuldung

Bund, Länder und Kommunen haben zusammen 2 Billionen Euro Schulden. Allein die privaten Geldvermögen (ohne Immobilien und Sachwerte) liegen aber mit 4,9 Billionen Euro mehr als doppelt so hoch. Davon gehören 60% dem oberen Zehntel der Bevölkerung.

Schon durch eine befristete, maßvolle Abgabe auf große Vermögen könnten alle Schulden kurzfristig abgebaut werden. Wir fordern die Einrichtung eines Entschuldungsfonds auf Landesebene,

der mit Mitteln von Bund und Land abgetragen werden.

Das Land ist laut Verfassung verantwortlich für die angemessene Finanzausstattung der Kommunen und muss auch ihre Interessen gegenüber dem Bund vertreten. Die Landesregierung hat aber in 20 Monaten nicht eine einzige Bundesrats-Initiative für eine Wende in der Steuerpolitik eingebracht.

Zur nachhaltigen und dauerhaften Stärkung der öffentlichen Einnahmen ist eine Umkehr in der Steuerpolitik dringend erforderlich.

Mit einer nur 5%igen Steuer für Millionäre können bundesweit 80 Mrd. Euro Mehreinnahmen eingenommen werden,

Steuern auf große Vermögen und Erbschaften fließen den Ländern und Kommunen zu. Von der Millionärssteuer entfielen rund 8,4 Milliarden auf NRW und seine Kommunen. Damit können dringend notwendige Aufgaben und Investitionen erfüllt werden.

## Mehr Geld für Kommunen

Auch das Land NRW muss seinen Verpflichtungen nachkommen und seine Zuweisungen an die Kommunen erhöhen. Der Anteil der Kommunen am Steuertopf in NRW ist seit langem immer wieder zurückgefahren worden. Der Verbundsatz wurde von 28,5% auf 23% gesenkt und verharrt dort seit über zwei Jahrzehnten – trotz gestiegener Steuereinnahmen des Landes.

DIE LINKE hat im letzten Landtag gefordert, den Anteil im ersten Schritt um 2% zu erhöhen und stufenweise wieder auf den früheren Satz anzuheben.

Dies haben die Landesregierung und alle anderen Parteien verweigert.

Stattdessen wurde der sogenannte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ aufgelegt – ein vergiftetes Geschenk für die Kommunen. Die darin festgeschriebenen Auflagen führen zu Kürzungsorgien und Steuererhöhungen, zu Zwangsbewirtschaftung und Abschaffung der Selbstverwaltung. Zentrale kulturelle und soziale Dienstleistungen vor Ort sind am Rotstift bedroht. Eine Politik der „sozial vorsorgenden Investitionen“ sieht anders aus.

Die LINKE ist die einzige Partei in NRW, die gegen Kürzungspolitik, für echte Entschuldungshilfen, für eine Erhöhung der Mittel im kommunalen Finanzausgleich und kommunale Selbstverwaltung eintritt.

## Flucht ist kein Verbrechen!

Protestiert mit PRO ASYL gegen die Inhaftierung von Flüchtlingen!

Im Rahmen der Kampagne „Flucht ist kein Verbrechen!“ fordert die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL Bundesinnenminister Friedrich mit einer E-Mail-Aktion auf, Schutzsuchende nicht länger in EU-Länder abzuschieben, in denen elende Aufnahmebedingungen herrschen, kein faires Asylverfahren möglich ist und Flüchtlinge ständig fürchten müssen, in Haft genommen zu werden. Bisher missachtet Deutschland die Geltung europäischer Grundrechte und liefert Flüchtlinge den unerträglichen Bedingungen in Ungarn oder Italien aus. Auf europäischer Ebene blockiert der Innenminister alle Bestrebungen, die europäische Asylzuständigkeitsverordnung (Dublin II) zu verändern. Diese Verordnung sorgt EU-weit dafür, dass Flüchtlinge von Land zu Land abgeschoben, immer wieder inhaftiert oder Obdachlosigkeit und Elend ausgesetzt werden. Fordern Sie Innenminister Friedrich dazu auf, diese Abschiebungen zu stoppen und seinen Widerstand gegen eine Verbesserung des Flüchtlingsschutzes auf europäischer Ebene aufzugeben. Wer sich an dieser Aktion beteiligen möchte, findet den vorbereiteten Brief an Minister Friedrich im Internet unter der Adresse: [www.flucht-ist-kein-verbrechen.de](http://www.flucht-ist-kein-verbrechen.de)

**FLUCHT**  
ist kein Verbrechen

## Rente ab 67 muss weg!

2007 hat die große Koalition aus CDU- und SPD beschlossen, die Regelaltersgrenze für eine abschlagsfreie Rente schrittweise auf 67 Jahre anzuheben.

Wer 1946 geboren ist, hat mit 65 Jahren und einem Monat Anspruch auf eine abschlagsfreie Regelaltersrente. Für alle Geburtsjahrgänge ab 1964 gilt die Rente erst ab 67 Jahren. Wer dann mit 65 Jahren in Rente geht, muss lebenslang Abschläge von 7,2 Prozent auf seine Rente hinnehmen, wer mit 63 Jahren gehen muss, sogar 14,4 Prozent.

Für viele Menschen bedeutet die Rente erst ab 67 Rentenkürzungen, weil sie aus gesundheitlichen Gründen nicht so lange durchhalten können oder weil die

zu vermehrter Altersarmut führen.

Die Rente erst ab 67 spricht zudem den Realitäten am Arbeitsmarkt Hohn: das faktische Renteneintrittsalter liegt mit gut 63 Jahren weit unter dem derzeit noch geltenden gesetzlichen Rentenalter von 65 Jahren.

Bereits heute geht mehr als die Hälfte der Beschäftigten mit Abschlägen in Rente. Nur eine verschwindende Minderheit schafft den Übergang in den Ruhestand aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Die Rente erst ab 67 ist sozialpolitisch unverantwortlich und arbeitsmarktpoli-

verbessern. Die Fraktion DIE LINKE lehnt die "Rente erst ab 67" ab und fordert stattdessen flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr. Wir wollen eine Fortführung der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit. Wir fordern die Erwerbsminderungsrenten deutlich zu verbessern. Wir wollen die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen, die Zugangsvoraussetzungen erleichtern und die Zurechnungszeiten auf das 63. Lebensjahr verlängern. Dann können Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sozial verträglich in den Ruhestand gehen.

Die Bundesregierung musste im Jahr 2010 prüfen, ob die Einführung der

Rente ab 67 vertretbar ist.

Dieser Pflicht ist sie nicht wirklich nachgekommen und hat die Beschäftigungssituation sowie die wirtschaftliche und soziale Lage Älterer schlicht ignoriert. Sie hat stattdessen behauptet, die Rente erst ab 67 sei unvermeidlich und es gäbe keine Alternative.

DIE LINKE sagt es gibt viele Alternativen. Die Rücknahme der Rente erst ab 67 würde einen Durchschnittsverdiener langfristig gerade mal sechs Euro im Monat kosten! Kurzfristig würde es nicht mal einen Euro ausmachen! Es bleibt dabei: Die Fraktion DIE LINKE ist gegen die Rente erst ab 67 und fordert umgehend die vollständige Rücknahme.

Es bleibt dabei: Die Fraktion DIE LINKE ist gegen die Rente erst ab 67 und fordert umgehend die vollständige Rücknahme.



Foto: Matthias Balzer / pixelio.de

Betriebe sie nicht mehr brauchen. Sie müssen dann in eine Rente mit hohen Abschlägen gehen oder sich mit prekären Jobs oder Hartz IV-Bezug bis zum höheren Rentenalter hangeln. Dies wird

tisch widersinnig. Sie ist einzig und allein eine verdeckte Rentenkürzung. Gleichzeitig ist sie nicht geeignet, die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung nachhaltig zu

## DVD-Filmtipp

**Le Havre.** Köln: Alive 2012.

**Regie u. Drehbuch Aki Kaurismäki.** Kamera: Timo Salminen

1 DVD (94 Min.) (Sprachen: D, F; Untertitel: D; Trailer) 13,99 EUR

Auch im Bestand der Zentralbibliothek Remscheid: Signatur: DVD/256 1

Der bedeutende finnische Regisseur Aki Kaurismäki beschwört in seinem märchenhaften neuen Film „Le Havre“ die Solidarität der Schwachen untereinander.

Die Hauptfigur Marcel Marx (André Wilms) - eingefleischten Kaurismäki-Fans sicher aus dem Film „Das Leben der Bohème“ bekannt - ist ein in die Jahre gekommener Bohemien und Schriftsteller, der nun in der Hafenstadt Le Havre lebt. Seinen Lebensunterhalt bestreitet er als Schuhputzer - offenbar eher schlecht als recht, denn er lässt bei den Händlern seines Viertels regelmäßig anschreiben. Nachdem seine schwerkranke Frau Arletty (Kati Outinen) ins Krankenhaus kommt, begegnet er dem minderjährigen afrikanischen Flüchtling Idrissa (Blondin Miguel), den er schließlich bei sich vor den Behörden versteckt. Mit Ausnahme eines Denunzianten stehen ihm die Nachbarn zur Seite und organisieren gemeinsam ein Schiff, das den Jungen - dank Rückendeckung durch einen Kommissar - zu seiner Mutter nach England schmuggelt.

Eine poetische Geschichte, die Stellung bezieht. Und die mit wunderbar stimmigen - von Kameramann Salminen eingefangenen - Bildern fesselt.



## Buchtipps

**Schmid, Bernhard: Distanzieren, leugnen, drohen.**

Die europäische extreme Rechte nach Oslo. Münster: Ed. Assemblage 2011. 125 S. 12,80 EUR

Auch im Bestand der Zentralbibliothek Remscheid: Signatur: Gkn 7 SCHMI



Wegen des am 16. April begonnenen Prozesses gegen ihn, ist er zur Zeit in allen Medien präsent: Anders Behring Breivik, der Täter, der angetrieben von fanatischem Islam- und Migrantenhass und von einer Obsession gegen den „kulturellen Marxismus“ im Juli 2011 die Anschläge in Oslo und auf der Insel Utøya verübte, bei denen 77 Menschen ums Leben kamen. Das Buch „Distanzieren, leugnen, drohen“ von Bernhard Schmid konzentriert sich auf die Reaktionen, die seine Tat im Milieu der extremen Rechten in Europa auslöste und geht der Frage nach, welches geistige Milieu in Europa solche Wahnideen hervorgerufen hat. Schmid - Jurist bei einer antirassistischen Organisation und nebenberuflich freier Journalist und Autor - legt dar, dass die Reaktionen von offenem Applaus über verhaltene Selbstkritik bis hin zu abstrusen Verschwörungstheorien reichten. Breivik brachte insbesondere jene Kreise in arge Verlegenheit, die wie z.B. die deutschsprachige Webseite „politically incorrect“ durchaus auf ihre bürgerliche Reputation bedacht sind und aus deren Hetzschriften er sich reichlich bedient hatte.

Das kleine, ein wenig schnell zusammengestellte, aber kenntnisreiche Buch verschafft aktuelle Einblicke in die rechte europäische Hass-Szene.

## Termine:

**Dienstag 1. Mai 2012**

Kundgebung und Maifeier des DGB auf dem Rathausplatz.

10:30 - 17:00 Uhr

Theodor-Heuss-Platz

**Sonntag 13. Mai 2012**

LINKE wählen nicht vergessen

**Mittwoch 23. Mai**

**19:30 Uhr**

(jeden 4. Mittwoch im Monat)

Mitgliederversammlung

im Haus Lindenhof

Lindenhofstraße 13

42857 Remscheid



**Fraktionssitzung**

**jeden Montag 19:00 Uhr**

Geschäftsstelle DIE LINKE

Schützenstraße 62

42853 Remscheid

## Impressum:

DIE LINKE. Remscheid

Schützenstraße 62

42853 Remscheid

Tel.: (0 21 91) 951 36 82

Fax: (0 21 91) 951 37 31

**[www.dielinke-remscheid.de](http://www.dielinke-remscheid.de)**

V.i.S.d.P. Axel Behrend

# Kundgebung und Maifest 2012 des DGB-Remscheid

Es sprechen:

**Bettina Reckert**

Vorsitzende des DGB-Stadtverbandes

**Beate Wilding**

Oberbürgermeisterin der Stadt Remscheid

**Tamer Turgut**

Betriebsratsvorsitzender der Firma Leistritz

**Marko Röhrig**

1. Bevollmächtigter der IGM Remscheid-Solingen

## Dr. Gregor Gysi



Im Anschluss an den politischen Teil findet von 12:30 Uhr bis 17:00 Uhr auf dem Theodor-Heuss-Platz das Maifest mit großem Kulturprogramm unter Beteiligung vieler Remscheider Vereine statt. Es gibt Info- und Aktionsstände, Spielangebote, Kaffee, Kuchen, internationale Grillspezialitäten, Getränke ..... und vieles mehr!